

Stellungnahme der Palästinensischen Gemeinde-Kassel e.V.

zur Entscheidung des Kasseler Stadtparlaments, keine Kinder aus Gaza aufzunehmen

Mit tiefer Bestürzung nimmt die Palästinensische Gemeinde-Kassel e.V. die Entscheidung des Kasseler Stadtparlaments zur Kenntnis, verletzte und traumatisierte Kinder aus dem Gazastreifen nicht aufzunehmen.

Seit fast 700 Tagen erleben Kinder in Gaza ununterbrochenes Leid: **Mehr als 19.000 Kinder wurden getötet. Rund 40.000 haben mindestens ein Elternteil oder beide Eltern verloren. Über 132.000 Kinder sind vom Hungertod bedroht.** Sie verlieren Eltern, Geschwister und ihr Zuhause. Viele liegen in zerstörten Krankenhäusern - ohne Strom, ohne Medikamente, ohne ausreichende ärztliche Versorgung. Operationen müssen oft ohne Betäubung durchgeführt werden, weil keine Narkosemittel mehr vorhanden sind. Besonders erschütternd ist, dass **Hunger gezielt als Waffe eingesetzt wird.** In Gaza-Stadt und Umgebung herrscht inzwischen eine offiziell festgestellte Hungersnot. Mehr Kinder sind dort bereits gestorben als in allen anderen Konflikten weltweit. Mehr als 90 Kinder sind bereits an Unterernährung, Dehydrierung und vermeidbaren Krankheiten gestorben. Andere durchsuchen Trümmer nach Essbarem, während ihre Körper immer schwächer werden. Das Leid, das sie ertragen müssen, ist kaum in Worte zu fassen.

Während SPD und Linke im Kasseler Stadtparlament Anträge gestellt haben, um Kinder aufzunehmen und medizinisch zu versorgen, haben die Koalitionsfraktionen der Grünen, der CDU und der FDP diese abgelehnt. Damit liegt es nun in der Verantwortung der Kasseler Stadtpolitik, ob sie dem Leid dieser Kinder tatenlos zusieht oder konkrete Hilfe leistet.

Andere Städte – darunter Frankfurt, Bonn, Kiel, Hannover, Düsseldorf und Leipzig – haben gezeigt, dass Hilfe möglich ist, wenn der politische Wille vorhanden ist. Kassel hingegen verschließt seine Türen – und das erfüllt uns mit tiefer Trauer. Eine Stadt, die für Weltoffenheit steht, darf in dieser humanitären Katastrophe nicht tatenlos bleiben.

Wir fragen daher: Wie viele Kinder müssen noch sterben, verhungern oder zu Waisen werden, bevor Kassel Verantwortung übernimmt?

Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet uns, jedem Kind das Recht auf Leben, Nahrung und Schutz zu gewährleisten. Diese Verpflichtung darf nicht nur auf dem Papier bestehen, sie muss in der Realität umgesetzt werden.

Darum appellieren wir an die Fraktionen von **Grünen, CDU und FDP**: Revidieren Sie Ihre Entscheidung und übernehmen Sie Ihre **moralische Verantwortung** gegenüber den Kindern in Gaza. Wir fordern zugleich den Magistrat und den Oberbürgermeister auf, im Falle eines neuen Beschlusses, die Umsetzung im Sinne der Menschlichkeit sicherzustellen.

Jedes gerettete Kind bedeutet Hoffnung - ein Sieg über Zerstörung und Verzweiflung.